

# Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Ergebnis wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag zur Ausgabe. Monatsspreis pro Monat 9.00 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Mein Garten“, „Die Frau und Ihre Welt“, „Der heile Tag“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbeilage“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Hause höher. Gewalt wird kein Schaden erlitten.

Herausgeber Nr. 27

Telegr. Adr.: Zeitung.

Anzeigen werden die schmalste linke Seite oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; außerhalb 20 Pf. Bei Werbung um Reklame pro Seite 40 Pf. Verbindlichkeit für Wohl, Datumspräzis und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmehöhe für Öffentl. Anzeigen und Auskunft beträgt 15 Pf. Zeitungsbücher werden billiger berechnet. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt am Main Nr. 371.



Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 149

Dienstag, den 13. Dezember 1932

25. Jahrgang.

## Neue Kämpfe in Sicht

Das nächste Ziel: Praktische Durchführung der Gleichberechtigung

### Das Genfer Ergebnis

Berlin, 13. Dezember.

Reichsaufkommunisten Freiherr von Neurath hat alsbald nach seiner Rückkehr von Genf den Reichspräsidenten über die Genfer Vereinbarungen Bericht gehalten und im Anschluß daran dem Reichskanzler wie auch dem Gesamtstabamt Bericht erstattet. Da der Aufkommunist während der Genfer Verhandlungen in dauernder telefonischer Verbindung mit Berlin gestanden hat, ist nicht daran zu zweifeln, daß das Reichskabinett seine Haltung auf der Genfer Fünfmächtekonferenz in weitem Umfange billigt. Am nächsten Freitag wird sich dann auch der Auswärtige Amtschef des Reichstags mit der Genfer Einigung beschäftigen.

In Berliner politischen Kreisen wird das neue Genfer Abkommen als ein starker Erfolg der deutschen Abrüstungspolitik gewertet, die Deutschland trotz aller Schwierigkeiten und Widerstände bis zu dem nunmehrigen Ergebnis gradlinig verfolgt hat. Die Reichsregierung, so betont man, hat jetzt erreicht, daß die deutsche Gleichberechtigung in der Abwürfung von den anderen Mächten grundsätzlich und effektiv anerkannt worden ist. Dieser Erfolg tritt um so stärker hervor, wenn man berücksichtigt, daß Frankreich es noch im Juli abgelehnt hat, die Gleichberechtigung überhaupt nur zu distastieren. Die Genfer Erklärung der fünf Mächte bejaht die deutsche Gleichberechtigung als Grundsatz der Abrüstungskonferenz. Damit ist die Gleichberechtigung nicht, wie es bisher der französische Standpunkt war, das spätere Ziel, sondern als grundlegendes Prinzip der Ausgangspunkt aller weiteren Abrüstungsverhandlungen. Die Erklärung geht aber auch noch den Schritt weiter, vom grundsätzlichen zum praktischen Zugeständnis, indem sie die Entzuldhbarkeit der Macht betont, darauf hinzuwirken, daß das Abrüstungsabkommen unverzüglich ausgearbeitet wird. Damit wird der früher geäußerte deutschen Befürchtung Rechnung getragen, daß man verfluchen könnte, einen positiven Ausgang der Abrüstungsverhandlungen immer weiter hinauszuschieben.

Eine wesentliche Bedeutung der Genfer Erklärung liegt in der Tatsache, daß damit die Revision der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages eingeleitet ist. Der Teil V des Versailler Vertrages kann nicht mehr als eine Sonderbestimmung gegen Deutschland gelten. Wenn Deutschland gleichberechtigt ist, darf nun die uns aufgezwungene Entwaffnung auch auf die übrige Welt angewandt werden. Dieser Teil des Versailler Vertrages kann also nur insofern aufrechterhalten werden, als seine einzelnen Bestimmungen von allen an der Abrüstungskonferenz beteiligten Staaten für sich selbst in Anwendung gebracht werden. Als besonders erfreulich ist schließlich noch zu unterstreichen, daß der Erfolg der deutschen Bemühungen das Problem gleichzeitig für die anderen entzuldhenden Staaten erfaßt, also auch für Deutsch-Deutschland, Ungarn und Bulgarien. In der Erklärung wird ausdrücklich von „allen Staaten“ gesprochen.

Die Forderung, die wir im Sommer mit unserm Aufruf von der Konferenz durchsetzen wollten, ist also jetzt in vollem Maße erreicht worden. Damit ist eine wichtige Position gewonnen. Die Gegenseite hat erkannt, daß Abrüstungsverhandlungen mit Erfolg nicht ohne Deutschland geführt werden können! Immerhin bleibt der Kampf weiter problematisch. Man weiß, wie gering die Abrüstungswille der anderen ist; in deutschen Kreisen gibt man sich deshalb auch keine Illusionen hin. Unser Ziel ist nicht die Abrüstung, sondern die Abrüstung, denn einen Rüstungswettlauf mit Deutschland schon aus finanziellen Gründen zu vermeiden suchen. Das ist angeblich unserer wirtschaftlichen, unserer Lage und unserer privaten Verschuldung selbstverständlich. Diese „Nivellierung“ des Rüstungswettlaufs durch Abrüstungen zu erreichen, ist die Aufgabe, mit der die deutsche Delegation im Januar nächsten Jahres wieder in die Konferenz hineingehen wird. Sie hat durch die Gleichberechtigung ein Druckmittel in der Hand. Doch auf der Konferenz noch kritisch Momente kommen, ergibt sich aus der ganzen Situation von selbst. Aber wir würden dann selbstverständlich die gleichen Konsequenzen wie im Juli 1931, wenn der zu erwartende materielle Inhalt der Abrüstungskonferenz, die bei glattem Verlauf vielleicht im Frühjahr zustande kommen könnte, nicht dem jetzt von der Fünfmächtekonferenz aufgestellten Grundsatz der deutschen Gleichberechtigung entspricht.

Die Situation für uns liegt jetzt, nachdem die Anerkennung der Gleichberechtigung erreicht ist, ähnlich wie bei dem Vertrag von Lauzanne über die Reparationen. Es wäre denkbar, daß dieser Vertrag dann scheitert, daß der eine oder andere Staat ihn nicht ratifiziert; dann würde nicht eine Rückkehr zum Youngplan erfolgen, sondern es wäre nur eine neue Konferenz möglich. Ebenso würde bei einem Scheitern der Abrüstungskonferenz nicht der Vertrag von Versailles wieder in Kraft treten, sondern wir haben vielmehr auf der Grundlage der Gleichberechtigung alle Hände frei! Diese Lage ist auch deshalb gegeben, weil der Reichs-

außenminister jeden Verlust, das künftige Konferenzergebnis einzuschränken, abgewehrt hat. Inzwischen wird durch die vereinbarte Zusammenarbeit der fünf Hauptmächte verjüngt werden, die Konferenz vorwärts zu bringen. Deutschland hatte im Sommer verschiedene solcher Besprechungen angeregt, bisher sind sie aber nur von den anderen Hauptmächten abgelehnt worden. Die Gleichberechtigung hat uns aber jetzt vollkommen eingeschlossen.

Wie zu erwarten war, wird die Genfer Erklärung von einem Teil der Pariser Presse als ein „Theater“ bezeichnet, wonach die praktische deutsche Gleichberechtigung und die endgültige Bestimmung des deutschen Rüstungsstandes von der vorhergehenden Schaffung des von Frankreich geforderten Sicherheitssystems abhängig seien. Demgegenüber ist zu betonen, daß Deutschland nicht nur weiter seine These vertreten wird, daß die Sicherheit durch die Abrüstung herbeigeführt werden muß, sondern es wird selbst unter diesem Titel eine Reihe von Forderungen anstreben!

Faßt man das Ergebnis des deutschen Kampfes um die Gleichberechtigung zusammen, so muß man zu der Fazitstellung gelangen, daß ein sehr wesentlicher Fortschritt erzielt wurde. Nach dem Wegfall der Reparationen mit ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Belastung Deutschlands soll nun die in Verfallen festgelegte Rüstungsgleichheit unter den Nationen verschwinden. Damit ist die zweite Stufe des Friedensdiktates in Wanten geraten und auf dem Wege zur völligen Befreiung Deutschlands eine neue wichtige Etappe erreicht. Dabei darf man allerdings nicht verfehlern, daß die theoretischen Zugeständnisse der Fünfmächtekonferenz an der Entwicklung Deutschlands vorerst nichts andern und daß uns im kommenden Frühjahr noch harte Kämpfe um die praktische Anerkennung der Gleichberechtigung bevorstehen.

### Das Echo der Einigung

Genf, 13. Dezember.

In den leitenden Kreisen des Völkerbundes begrüßt man die Vereinbarung, mit der die Fünf-Mächte-Konferenz ihren Abschluß gefunden hat, mit sichtlicher Erleichterung. Die Lage der Abrüstungskonferenz hatte sich seit dem Fernbleiben Deutschlands derart kritisch gestaltet, daß man, wie die Berichterstattungen der letzten Tage deutlich zeigten, schlimmste Befürchtungen hegte.

Die weitere Entwicklung deutet man sich in Genf nun so, daß die Reichsregierung sich nicht lange mit der theoretischen Anerkennung der Gleichberechtigung aufzuhalten, sondern auf der Grundlage des Genfer Communiqués in Kürze den Kampf um die praktische Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung eröffnen wird.

Die Annahme der Fünf-Mächte-Vereinbarung durch Deutschland wird in Völkerbundstreit als ein letzter Versuch Deutschlands aufgefaßt. Im Rahmen der Abrüstungskonferenz die Befreiung von Verhältnissen und die praktische Anerkennung der Gleichberechtigung zu erreichen. Unter diesen Umständen erwartet man große und außerordentlich scharfe Kämpfe in den Verhandlungen des Hauptausschusses. Beginnen dürften diese Kämpfe Mitte Januar. Die nächste Sitzung des Hauptausschusses dient lediglich der Kenntnisnahme der Fünf-Mächte-Vereinbarung.

### Auslandsstimmen

„Teil V des Versailler Vertrages-Staub und Asche.“

Die grundfachliche Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung in der Fünf-Mächte-Berichterstattung in Genf wird von der gesamten Presse des In- und Auslandes als ein bedeutendes Ereignis gewürdigt und auf seine Tragweite hin untersucht. Bezeichnend ist dabei eine Neuauflage der dänischen Zeitung „Politiken“, in der es heißt: Teil V des Versailler Vertrages, der die deutsche Entwaffnung betrifft, sei mit der Vereinbarung der Fünf-Mächte-Berichterstattung Staub und Asche.

Im Vordergrund des Interesses steht natürlich die Anerkennung der Genfer Vereinbarung in der französischen Presse. Aufzufinden mit diesem Ergebnis ist in der Hauptpresse die sogenannte offizielle oder regierungsfreundliche Presse, während die anderen Zeitschriften sich kritisch und einige sogar ablehnend äußern.

Die Agentur Havas spricht von einer „guten Operation für Frankreich“. Der „Petit Parisien“ nennt die Zurückführung Deutschlands auf die Konferenz ein Ereignis von allererster Bedeutung. „Dewore“ äußert sich weniger zuverlässig dahin: Bei der gegenwärtigen Lage ist die beste Verhandlung wohl die, deren Ergebnis von jeder Partei als Sieg ausgelegt werden kann. „Excelsior“ meint, die französischen Unterhändler würden noch harte Kämpfe zu bestehen haben, damit die Gleichberechtigung nicht zur einseitigen Abrüstung Frankreichs werde, und damit Deutschland nicht un-

tert und ohne Garantie für seine Nachbarn austrüten könne. „Marin“ erklärt, daß das Ergebnis das Aufgebot von einigen tausend Sachverständigen und wenigstens drei Dutzend Regierungschefs nicht zu rechtfertigen scheine. Der sozialistische „Populaire“ berichtet wohl die Rückkehr Deutschlands zur Konferenz, warnt aber vor Illusionen über deren Ausgang, da die Sünterkonferenz auf die „berühmte“ Sicherheit ansiegle, hinter der der französische konstruktive Plan stecke, und dieser Plan sei nicht dazu angelegt, das Abrüstungsziel zu erleichtern. „Figaro“ ist davon überzeugt, daß Deutschland dem Abschluß nur beigetreten sei, weil es in geheimen Verhandlungen mit der französischen Partie gewonnen. „L’Oeuvre“ ruft aus: „Wieder ist Deutschland die Partie gewonnen. Unseren

Berichter haben die Sicherheit Frankreichs geosert!“ Ebenso schlägt auch das „Echo de Paris“ Alarm. Die Beurteilung der Sicherheitsfrage sei einer der Grundzüge der Konferenz geworden, also Ausgangspunkt. Dagegen sei die Sicherheit nur noch eine sehr zweideutige Definition, Schlußpunkt. Diesen Preis habe die Berliner Regierung gefordert und erhalten.

Die englische Presse äußert sich größtenteils zustimmend: so spricht ein Blatt von einem „Weihnachtsgeschenk in der Abrüstungsfrage“. Übereinstimmend loben die Londoner Blätter die Vermittlungstätigkeit des englischen Ministerpräsidenten Macdonald.

„Times“ beglückwünscht alle Staatsmänner zu der Einigung und sagt in Europa könne keine Politik Aussicht auf Erfolg haben, wenn Deutschland auf einer Seite der durch den Krieg geschaffenen Rüstung und die anderen Mächte auf der anderen Seite stünden. Die Zustimmung Deutschlands sei insofern ein deutscher Akt des Entgegenkommens, als die Formel nicht festste, was mit Gleichberechtigung gemeint sei. „Daily Telegraph“ wirft die Frage auf, wie weit nun die Abrüstungskonferenz gehen werde. „Daily Express“ spricht von einem Sieg Deutschlands in Genf. Die „News Chronicle“ bezeichnet die Befreiung als einen „endgültigen Triumph des gelunden Menschenverstandes“. Die Rückkehr Deutschlands werde den Abrüstungsverhandlungen sicherlich einen neuen Auftrieb geben.

Zustimmend äußern sich auch die italienischen Zeitungen. Nach dem „Popolo d’Italia“ erhält Deutschland eine Genugtuung, die „weit über die rein moralische Genugtuung hinausgehe, die seinerzeit Dr. Brüning in Genf verlangt habe und die von Tardieu verworfen worden sei.“ Weiter weisen die italienischen Zeitungen auf die Unterstützung der deutschen Forderungen durch Mussolini.

### Die Beurteilung in Deutschland

Von den deutschen Zeitungen schreibt der nationalsozialistische „Völkische Beobachter“ zu der Genfer Einigung, jetzt beginne erst der Kampf um die wirkliche Gleichberechtigung. Schon die nächsten Beratungen der Abrüstungskonferenz würden zeigen müssen, ob es Neurath gelinge, diese Anerkennung in den tatsächlichen Beratungsergebnissen durchzusetzen und die zu erwartenden französischen Abschlußmanöver zu durchkreuzen. Der zweideutige Wortlaut der Entschließung gebe jedenfalls den französischen Auslegungskünsten volle Auswirkungsmöglichkeit und verpflichtet den deutschen Vertreter zu höchster Bereitschaft. Der Berliner „Angriff“ spricht von einem faulen Kompromiß und durchsetzt Bedenken.

Von den rechtsstehenden bürgerlichen Blättern bezeichnet die „Deutsche Zeitung“ es als bedenklich, daß die jetzt erstmals erfolgte Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung im Zusammenhang mit den französischen Sicherheitsforderungen genannt wird. Die „Deutsche Tageszeitung“ erachtet in der Genfer Einigung einige neue Anfangs- und Ausgangspunkte; die entcheidenden Streitfragen aber seien ungelöst geblieben. Der deutschnationale „Volks-Anzeiger“ meint, es bleibe zu fragen, ob nicht bei weiterem Widerstand der deutschen Delegation noch mehr zu erreichen gewesen wäre. Die „Börsenzeitung“ hält es für einen Erfolg, daß die Gleichberechtigung Deutschlands nicht mehr ein Ziel, sondern ein Grundzweck der Abrüstungskonferenz ist. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ warnt davor, aus der Genfer Formel einen Sieg der deutschen Politik und den Anbruch der Freiheit für unsere Nation zu machen. Was von Neurath nach Hause bringe, sei ein Wechsel auf die Zukunft.

Die „Germania“ (Berlin) schreibt, zu einem vorzeitigen Jubel bestehe kein Anlaß. Eines aber siehe schon heute unzweiflich fest: „Die einseitigen Entwaffnungsbefreiungen sind erledigt.“

Die „Vossische Zeitung“ spricht von einem neuen Start der Abrüstungskonferenz. Das „Berliner Tagblatt“ meint, es wäre nicht ganz ausgeschlossen, daß die Genfer Formel auf den, wie mehr als zwei Jahren so hart gefrorenen Acker der Verständigungspolitik auflösend wirke.“ Der sozialdemokratische „Vorwärts“ nennt das Ergebnis der Fünf-Mächte-Konferenz eine Verminderung der internationalen Spannungen, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich.

# Beratung der Winterhilfe

Minister-Rede im haushalt-Ausschuss des Reichstags.  
Berlin, 13. Dezember.

Der haushalt-Ausschuss des Reichstags beschäftigte sich mit den in der Vorwoche vom Sozialpolitischen Ausschuss behandelten Anträgen zur Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung. Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk legte den Standpunkt der Reichsregierung dar und betonte dabei, eine Mehrausgabe, wie sie mit den meisten Anträgen verbunden sei, könne ohne Sicherstellung der Deckungsmittel nicht gemacht werden.

In diesem Zusammenhang bezeichnete der Minister die Deckungsvorschläge der Sozialdemokraten als optimistische Schätzungen. Interessant sei ein Vorschlag der Nationalsozialisten, nach dem die Landwirtschaft ihre Steuerchöden in Naturalien leisten soll. Verfügte dieser Art, die in Oldenburg gemacht worden seien, hätten aber kein befriedigendes Ergebnis gehabt. Darauf könne man diesen Gedanken nicht hinweg schließen.

Die Reichsregierung, so führte der Reichsfinanzminister dann weiter aus, kennt die große Not und ist gewillt, um Rahmen des finanziell Möglichen einzutreten. Vor allem aber gilt es jetzt, die Gemeinden über Wasser zu halten. Mit den 80 Millionen, die das Reich den Gemeinden zuweist, trägt es bereits 85 Prozent der Wohlfahrtsverbrauchsbelastung. Wie sollen die Gemeinden, angehend der Notwendigkeit, ihre Wohlfahrtsverbrauchsbelastung zu betreuen, gehindert werden, ihnen etwa noch zugehende Mittel nicht für die Winterhilfe, sondern für die Deckung ihres Finanzbedarfs zu verwenden?

Hauptfahrt für die Reichsregierung sei, den Erwerbslosen Arbeit zu schaffen. Das steht die Regierung als ihre entscheidende Ausgabe an. Daher solle der Ausschuss nichts Unmögliches von der Regierung verlangen.

Zum Schluß seiner Ausführungen teilte der Minister noch mit, daß die Benzinausgabe vom 1. Januar 1933 ab wieder auf den alten Satz von 3.80 Mark erhöht werden solle. Ein Mehraufkommen ergebe sich daraus aber nicht, da diese Abgabe in Haushalt mit 13 Millionen angefallen sei und höchstens 7 Millionen aufkommen würden. Eine Verlängerung des Spritbeimischungswanges würde wohl im Haushaltssatz 1932 etwa 5-6 Millionen mehr ergeben, dafür aber den Zusammenbruch der Brennereien und den Ausfall ihrer Steuern nach sich ziehen.

## Lebensmittel als Winterhilfe

In der Abstimmung erhielt die vom Sozialpolitischen Ausschuss vorgelegte Entschließung über die Winterhilfaktion eine etwas geänderte Fassung. Der Haushalt-Ausschuss erachtet danach die Reichsregierung, „alsbald durchgreifende Maßnahmen zu treffen, durch die den großen Massen der notleidenden Bevölkerung eine angemessene Weihnachts- und Winterhilfe gewährt wird und dabei folgende Forderungen zu verwirklichen“:

Für den Winter 1932/33 wird für alle Arten Empfänger von öffentlichen Unterstüpfungen und Renten eine zusätzliche Winterhilfe geschaffen. Ihre Durchführung wird den Gemeinden übertragen. Die Winterhilfe besteht in unentgeltlicher Belieferung mit solchen Naturalien (z. B. Brot, Kohlen, Kleidungsstücken), mit denen je nach den örtlichen Verhältnissen der Notlage am besten gesteuert werden kann. Sie darf nicht zu einer Verminderung der Geldunterstützung führen.

In den Monaten Dezember bis April sind für jeden Unterstützungsberchtigten Haushalt zu liefern:

Zwei Kilogramm Brot wöchentlich, 20 Zentner Kohlen, ½ Kilogramm Fleisch wöchentlich. Diese Mengen sind bei einem Haushalt von mehr als drei Köpfen entsprechend höher, bei Leidigen entsprechend niedriger zu bemessen.

Die Mittel für die Durchführung der Winterhilfe, von der auch die Alleinhinternden nicht ausgeschlossen werden dürfen, stellt das Reich den Gemeinden zur Verfügung. Diese Reichsmittel dürfen für andere Zwecke der Wohlfahrtspflege weder vom Reich verrechnet, noch von den Gemeinden verwandt werden.

Annahme fand weiter der nationalsozialistische Antrag, den Landwirten, dem gewerblichen Mittelstand und dem Kohlenbergbau die Möglichkeit zu geben, rücksichtige

Steuern abzugeben durch Naturalleistungen für die Winterhilfaktion.

Schließlich wurde mit Mehrheit eine vom Zentrum eingehaltene Entschließung angenommen. Darin wird die Reichsregierung erucht, in einem Monat einen Vorschlag in einer praktischen Winterhilfe einzutreten, die neben der Sicherung der Bäderungen für die Wohlfahrtsverbrauchslosen in den Gemeinden und neben der Arbeitsbeschaffung, die Wintermonate durch besondere Maßnahmen zu überwinden suchen soll, und zwar soll die Reichsregierung von ihr vorzunehmende Arbeitsbeschaffung beschleunigen und die Sicherstellung der Gemeinden für die Leistungen der Wohlfahrtsverbrauchslosen gewährleisten.

## Aussprache über Preußen

Empfang Görings und Kerrals durch den Reichspräsidenten.

Berlin, 13. Dezember.

Reichspräsident von Hindenburg empfing in Gegenwart des Reichsministers von Schleicher, den Präsidenten des Reichstags, Göring, und den Präsidenten des Preußischen Landtags, Kerral, zu einer Befreiung über die weitere Behandlung der Frage Reich-Preußen.

Wie verlautet, ist die Initiative zu dieser Befreiung vom Reichspräsidenten Göring und Landtagspräsidenten Kerral ausgegangen. Über den sachlichen Inhalt der Aussprache ist Vertraulichkeit vereinbart worden, so daß an den unterrichteten Stellen Einzelheiten nicht zu erfahren sind.

## Die Zahlung an Amerika

Letzter Notenwechsel. — Auseinandersetzungen über die Bedeutung der Zahlung.

London, 18. Dezember.

Um der Frage der Dezemberraten der Kriegsschulden haben England und die Vereinigten Staaten nochmals Noten gewechselt, deren Zweck der war, die eigene Ansicht der anderen Regierung aufzuzeigen. Erreicht wurde dieses Ziel nicht, vielmehr haben beide Regierungen in den neuen Noten nur nochmals den bisher eingenommenen Standpunkt bestätigt.

So sagt die englische Regierung in ihrer Note, sie befürwortet mit Genehmigung, daß die amerikanische Regierung mit der Anregung einverstanden sei, die Kriegsschuldenfrage gründlich zu prüfen. England bleibe hier bei der Auffassung, daß keine andere Lösung als der Zahlungsaufschub die Transferschwierigkeiten beseitigen könne und stelle daher mit tiefem Bedauern fest, daß die Regierung der Vereinigten Staaten beschlossen hat, diese Lösung dem Kongress nicht zu empfehlen.

Im Hinblick auf diesen Beschluß der amerikanischen Regierung habe die englische Regierung sich entschlossen, den am 15. Dezember fälligen Betrag zu zahlen. Aus den bereits zur Kenntnis gebrachten Gründen sei die britische Regierung davon überzeugt, daß das System der zwischenstaatlichen Kriegsschuldenzahlungen, wie es vor der Hooverischen Initiative vom 20. Juni 1931 bestand, nicht wieder aufgenommen werden könne, ohne daß dadurch großes Unheil angerichtet würde. Vom Standpunkt der britischen Regierung sei daher die Zahlung vom 15. Dezember nicht als Wiederaufnahme der Jahreszahlungen nach der bestehenden Vereinbarung anzusehen. Die britische Regierung schlage vor, die Zahlung vom 15. d. M. als Kapital-Zahlung zu behandeln, die bei einer Schlußregelung zu verrechnen wäre, und sie treffe Vorbereitungen, diese Zahlung in Gold zu leisten, da diese Regelung nach den derzeitigen Umständen für die britische Regierung die am wenigsten nachteilige sei.

Dieses Versprechen sei unverkenbar außergewöhnlich und abnorm, und die britische Regierung möchte die amerikanische Regierung daher dringend auf die Wichtigkeit eines baldigen Meinungsaustausches hinweisen, damit die Diskussion über die Angelegenheit vor dem nächsten Zahlungstermin, dem 5. Juni 1933, geöffnet und die Gefahr eines allgemeinen Zusammenbruches der bestehenden internationalen Abkommen vermieden werden könne.

Im Antwortnote des Staatssekretärs Stimson wird zum Ausdruck gebracht, daß die amerikanische Regierung die britische Erklärung, daß die Zahlung am 15. Dezember nicht als Wiederaufnahme der regelmäßigen Zahlungen betrachtet werden sollte, als ungültig ansieht. Der Schakamiselskrieger habe keine Autorität. Kriegsschuldenzah-

lungen anzunehmen, außer in der Weise, wie es im Friedensabkommen vorgeleben sei. Die Regierung der Vereinigten Staaten nehme daher an, daß die englische Regierung mit der obigen Bemerkung nur ihre Ansicht bezüglich der Schritte darlegen wolle, die sie nach erneuter Prüfung des ganzen Problems vielleicht wünschen werde, vorauswaggen.

## Goebbels mißbilligt „Angriff“-Kommentar

Berlin, 13. Dezember.

Der „Angriff“ veröffentlicht folgende Erklärung des Berliner Gauleiters Dr. Goebbels: „Im Kommentar des „Angriff“ vom 9. Dezember 1. Ausgabe zu dem Urteil des Pg. Strafes waren einige taktlose Bemerkungen enthalten, die nicht meine Billigung fanden. Da ich am ganzen Tage vom frühen Morgen an im Reichstag beschäftigt war, habe ich sie erst zu Gesicht bekommen, als sie leider schon gedruckt waren und sofort veranlaßt, daß sie in der zweiten Ausgabe wegbleiben. Dem dafür verantwortlichen Schriftsteller habe ich eine scharfe Rüge erteilt. Die in der gegenwärtigen Presse daraus geknüpften politischen Kommentare gehen daran vor allem, soweit sie meine Person betreffen, das ich betone, wie so oft schon, nun noch einmal zu allem Überfluß, daß ich in der Partei seine besondere Richtung vertrete. Es gibt bei uns überhaupt nur eine Richtung, und das ist die, die der Führer bestimmt.“

## SA-Mann erschossen aufgefunden

Schwerin, 13. Dezember.

In der Nähe der Ortschaft Körstorf wurde ein SA-Mann in voller Uniform auf der Haustür als Leiche aufgefunden. In der Nähe der Leiche befand sich ein Revolver. Die Leiche selbst trug einen Schuh in der Schläfe auf, weil bisher festgestellt werden konnte, handelt es sich um einen SA-Mann aus Sievershagen.

## Blutat an der Ostgrenze

Litauische Räuber überfallen ein ostpreußisches Gehöft und ermorden drei Personen.

Stallupönen (Ostpreußen), 13. Dezember.

Um Sonntag früh wurde das alteinstehende Gehöft des Landwirts Küch, Abbau Romenken, von Räubern überfallen. Die 50jährige Tochter des greisen Bevölkerungsgefechts wurde im Stall beim Füttern überwältigt und durch mehrere Schüsse getötet. Die Täter drangen dann in das Wohnhaus ein und tööteten hier durch einen Kopfschuß den Landwirt Küch, der sich gerade beim Anziehen befand. Frau Küch verlor anfangend, noch in die Küche zu fliehen, wurde aber in unmittelbarer Nähe der Tür ebenfalls niedergeschossen. Im Hause sind hämische Behältnisse durchwühlt worden. Als einer der Täter kommt ein litauischer Arbeiter in Frage, der flüchtig ist. Ein Arbeiter Kummetat in Romenken wurde festgestellt, da er im Verdacht steht, gemeinsame Sache mit dem Täter gemacht zu haben.

## Mord im Vogtland

Die Frau eines Lebensmittelhändlers erstickt.

Plauen, 13. Dezember.

Ein bestialisches Verbrechen wurde in der Ortsvorstadt verübt. Dort wurde die 61jährige Ehefrau des Lebensmittelhändlers Höfer durch mehrere Schüsse in die rechte Halssseite getötet. Nach der Tat haben der Täter einen sehr zehn Mark aus der Ladenkasse entwendet. Weiter wurden in dem neben dem Laden gelegenen Schlafzimmer und im Badzimmer sämtliche Beißknäufe durchwühlt, wobei noch weitere 90 Mark gestohlen wurden. Als der Ehemann der Ermordeten kurz vor Mitternacht nach Hause kam, fand er seine Frau im Laden tot auf.

## Wächter von Einbrechern erschossen

Altona, 13. Dezember.

In der Nacht fanden Polizeibeamte in dem Garten einer Villa einen Beamten des Überwachungs- und Sicherheitsdienstes schwer verletzt auf, der kurz darauf starb. Der Wächter hat offenbar Einbrecher überrascht, von denen er niedergeschossen wurde.

WOLFGANG MARKEN:

# KARL der Kleine

VRHEBES-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERPAU

(20. Fortsetzung.)

„Sieben Millionen . . . und Markt! Ich weiß von einer anderen Besser, die mir wahrscheinlicher ist: Siebzig Millionen Pfund! Die Summe ist eher zu klein, als zu groß.“ „Unglaublich! Aber meinewegen, Geld ist ein Artikel, der kein Interesse für mich hat.“ „Ich verstehe, denn Sie sind selbst sehr begütert und haben es nicht nötig, auf fremde Vermögen zu achten.“

„Danke! Es langt für mich, Mister Haterton.“

\* \* \*

Der Bankier war mit seiner Tochter zur Ruhe gegangen. Thomas hatte sich zu Karl in die Rauchkabine gefleht.

„Mensch, Thomas . . . was sagst du nun? Haterton kennt mich!“ empfing ihn Karl.

Der Freund war verdutzt.

„Der Teufel soll den Pfarr holern!“ schimpfte Karl. „Ausgerechnet einen Collanei muß mir dieser fragwürdige Doktor anhängen. Ich habe keine Ahnung, wer dieser Collanei, der mein Vater sein soll, ist. Scheinbar steht er in Newyork in einem guten Geruch. Wenn wir in Pernambuco sind, muß ich mich sofort über ihn erkundigen.“

„Am Ende besucht dich dein lieber Vater einmal!“ uts Thomas.

„Wir werden uns verstreichen. Ich habe keine Lust, in die Deffenslichkeit gezogen zu werden.“

Kapitän Schulte trat ein und begrüßte Karl und Thomas, die die leichten Besucher des Rauchzimmers waren.

„Wenn Sie erlauben, werde ich mich ein wenig zu Ihnen setzen, meine Herren!“

„Bitte, mit Vergnügen, Herr Kapitän!“

„Daniel! Belam Appel auf eine Zigarre. Abends schmeckt es am besten. Ist famos, daß man mit Ihnen Deutsch reden kann. Machen Sie Ihre erste Fahrt?“

„Ja! Sie ist uns ein herrliches Erlebnis!“

„Ich glaube es! Fahren Sie aber ein halbes Duhndmal, wie zum Beispiel Mister Haterton, dann wird Ihnen selbst diese große Reise zur Gewohnheit werden.“

„Sagen Sie, lieber Herr Kapitän, wer ist dieser Mister Haterton?“

„Den kennen Sie nicht?“ wunderte sich Kapitän Schulte. „Nein!“

„Haterton ist ein Neuyorker Bankier, wohl der einzige Privat-Großbankier Amerikas, der es sich noch erlaubt kann, auch einem Morgan Paroli zu bieten. Er hat aus seinem Unternehmen keine Auftragsgesellschaft gemacht, es gehört ihm allein. Seht verhandelt Morgan mit ihm wegen eines Zusammenschlusses in den großen Bantongen.“

„Sehr interessant! Nette Tochter hat er!“

„Gefällt Ihnen wohl!“ lächelte der Kapitän. „Hübsches Mädel, was? Aber nehmen Sie sich vor ihr in acht! Verdammt launenhafter Rader!“

„Ich habe keine Wünsche, Herr Kapitän!“

„Übrigens . . . Sie kommen von Berlin. Haben Sie sich zufällig das Engländerspiel angesehen?“

„O ja, das haben wir!“

„Na, was sagen Sie dazu? Ich war ganz toll vor Freude. Diese Bolle-Mannschaft schlägt die beste englische Mannschaft 5:1. Ja, waren denn die Engländer so schlecht, oder wie kam das?“

„Die Engländer waren sehr gut, aber die englische Leberlegenheit im Fußball ist ein Märschen. Das war einmal. Deutschland spielt einen genau so guten Fußball, und deutsche Mannschaften sind Kampfmannschaften, die alles einsehen.“

„Die Bolle-Elf muß aber doch überzeugende Klasse sein!“

„Ja, sie ist jetzt erstaunlich, hat aber durchaus keine Leberspieler. Ihr großes Plus sind nur die prächtigen Geschlossenheit und Rübe. Die einzelnen Spieler haben keinen Ehrgeiz, durch technische Märschen zu glänzen, aber Nerv besitzen sie alle wie selten eine Mannschaft. Nerv ist die Hauptrichter.“

„Sehr richtig! Nun, Sie werden ja in Südamerika Gelegenheit haben, ausgezeichnete Mannschaften zu sehen.“

„Ich werde die guten Spiele nicht verläumen. Ich liebe den Fußballsport!“

„Ach, jeder Sport ist schön! Man muß nur mit Interesse mitgehen.“

„So ist es, Herr Kapitän! Wann werden wir übrigens in Pernambuco landen?“

„Wir haben Glück mit dem Wetter. Ich denke, daß wir es in siebzig Stunden schaffen und Pernambuco Donnerstag abend fahrplanmäßig erreichen.“

\* \* \*

Mr. Haterton schloß sich am nächsten Tage sehr an Karl an. Thomas, der im Englischen noch nicht so zu Hause war, spielt mehr eine passive Rolle.

Karl aber sprach wie ein Engländer, so daß Thomas ihn im Stillen bewunderte.

Grit bevorzugte Karl sehr, der ihr aber mit gleichbleibender Freundlichkeit begegnete, ohne auf den gewünschten Fitt einzugehen.

Karl hatte kein Interesse daran. Er wollte sich möglichst bald von den Hatertons trennen, denn sie brachten ihn am Ende noch in Verlegenheit. Er mußte untertauchen. Der verwünschte falsche Pfarr ärgerte ihn. Er fürchtete, daß ihm daraus Ungelegenheiten erwachsen könnten und konnte das Eintreffen in Pernambuco kaum erwarten.

Haterton lud Karl Große alias Alfred Colleoni ein, ihn doch einmal zu besuchen, und Karl ver sprach es, sobald er in Newyork sei.

Da entzann sich Grit plötzlich eines entfernten Verwandten, der in Montevideo lebte und erklärte ihrem Vater: „Pa . . . ich fahre nicht mit dir nach Newyork.“

„Wo willst du denn bleiben, Grit?“

„Ich fahre zu Pousens nach Montevideo.“

„Mama erwartet dich aber!“

„Ach, Mama! ich das gewöhnt. daß ich hin und wieder für mich herumstreiche!“

„Aber Kind . . . begleite mich doch bis Newyork und lage Mama wenigstens guten Tag. Du kannst ja dann, wenn du durchaus willst, mit dem Zeppelin nach Pernambuco zurückfahren.“

„Das will ich tun!“ Sie wandte sich an Karl. „Mister Colleoni. Sie reisen doch, wie ich von Miss Collenhouse hörte, nach Montevideo?“

„Ganz recht!“

„Werden Sie dort bleiben?“

„Nicht lange! Mich reizt es, in das Innere des Landes einzudringen.“

(Fortsetzung)

# Aus der Heimat

Spannberg 18. den Dezember 1932

## Blaulicht an Bahnübergängen

Um die Verkehrssicherheit an den Kreuzungen der Eisenbahn mit den Landstraßen zu erhöhen, hat die Reichsbahn zusammen mit Kraftfahrerverbänden schon seit mehreren Jahren Beratungen mit Bahnleitern gemacht, die an Stelle der Bahnstrangen treten können. Die Beratungen haben gezeigt, daß die Blaulichtsignale ein vollwertiger Erkennungssatz sind und auch bei den Verkehrsverhältnissen in Deutschland eingeführt werden können. Vorläufig sollen in Deutschland rund 100 Eisenbahnübergänge mit Blaulichtsignalen an Stelle von Bahnstrangen ausgestattet werden. Im Ausland werden optische Signale bei Bahnübergängen schon in größerer Anzahl verwandt.

Die neue Warnlichtanlage kündigt dem Fahrzeugführer die Kreuzung bei Tag und Nacht schon aus größerer Entfernung in auffallender Weise durch optische Zeichen (Blaulicht) an. Sie zeigt dem Fahrzeugführer auch eindeutig, ob die Kreuzung von ihm ohne Gefahr befahren werden kann oder nicht. Die Blaulichtzeichen werden in doppelter Art gegeben. Welches Blaulicht sagt dem Fahrzeugführer, daß er die Kreuzung ohne Gefahr befahren kann, rotes Blaulicht dagegen, daß ein Eisenbahnzug sich der Kreuzung nähert und daß er vor der Kreuzung halten muß. Das rote Licht (Bahnstrang) blinkt doppelt so schnell als das weiße. Dadurch wird auch farbenblindem Personen eine klare Unterscheidung ermöglicht. Auf jeder Seite der Kreuzung wird eine weitreichende Signalanlage aufgestellt. Der die Bahnübergänge befahrende Zug isoliert das rote Blaulicht ein und auch wieder aus. Das Einhalten geschieht so zeitig, daß ein auf der Kreuzung oder kurz davor befindliches Fahrzeug ohne jede Gefahr die Kreuzung passieren kann.

Um die Kreuzung aus größeren Entfernungen hin auch bei einem ausnahmsweisen Verlassen der Lichtanlage sinnlich zu machen, sind die Signallaternen mit einer rotweißen zweigigen Umrahmung versehen. Darüber ist das bei unbefahrenen Übergängen übliche Wärmkreuz angebracht. Umrahmung und Wärmkreuz sind „Wärmstrahlend“ nach Art der bekannten Fahrradstrahlröhren, so daß sie auch bei Dunkelheit besonders von den Führern von Kraftfahrzeugen gesehen werden können.

**A Werbeveranstaltung.** Nachdem die diesjährige Weihnachtswerbewoche eröffnet ist, kommt festgestellt werden, daß die Veranstaltung wiederum regstes Interesse der Bewohner von Stadt und Land gefunden hat. Die schönen Preise, die diejenigen von den vorausgegangenen Jahren übertrifft — ausgestellt im Siebertischen Laden an der Wittenstraße — locken täglich viele Menschen heran und jeder spricht sich lobend über die Anstrengungen des Gewerbevereins bezüglich, der darin zusammengeflossenen Geschäfte aus. Wenn nun von verliebten Seiten angenommen wird, daß diese Preise nicht restlos zur Verteilung seien, so ist das ein „falscher Zertum“. Die Auslösung findet unter Aufsicht von Stadtsekretär Fine statt, sodaß die Garantie für einwandfreies Handeln derselben gegeben ist. — Ganz falsch ist es allerdings, wenn geglaubt wird, die Nummern an den ausgestellten Gewinnen seien schon die Glücksnummern. Das ist nicht der Fall. Die Gewinne sind nur fortlaufend nummeriert, damit sie der Reihe und vor allem dem Werte nach zur Auslösung kommen. Wer sich also schon auf den Gewinnen oder die Wurst gefreut hat, wird, wenn er nicht gerade auf seine Losnummer gewinnt, unangenehm enttäuscht werden.

**Mütterberatung am Donnerstag, den 15. Dez. vormittags 9 Uhr in der alten Schule (Kirchplatz 128).** Alle Mütter sind mit ihren Säuglingen eingeladen. Beratung kostenlos.

**+ Reichsfersprechbuch.** Wie uns die Oberpostdirektion Kassel mitteilt, werden z. Zt. die Fernsprechteilnehmer von Werben für ein Reichsfersprechbuch belohnt. Zur Befestigung von Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Reichsfersprechbuch nicht um ein amtliches Unternehmen handelt. Von der Deutschen Reichspost wird alljährlich für jeden Oberpostdirektionsbezirk ein amtliches Fernsprechbuch herausgegeben, in das die vorhandenen Fernsprechteilnehmer von Amis wegen kostenlos aufgenommen werden, sofern für die Eintragung nicht mehr als 3 Druckzeilen benötigt werden. Anträge auf Änderung seitheriger und Aufnahme weiterer Eintragungen sind stets schriftlich an das zuständige Postamt oder Telegraphenamt zu richten.

**+ Schlachsteuer.** Die 8. Durchführungsverordnung zum Schlachsteuergesetz vom 29. November ds. Jrs.

bringt eine Bestimmung, durch die der Begriff der Haus-Schlachtung legt jetzt nur dann vor, wenn das Schwein mindestens vier Wochen lang vor der Schlachtung im eigenen Hause gehalten worden ist. Schweine, die von Privatleuten gehalten und solche geschlachtet werden, fallen mit sofortiger Wirkung unter das Schlachsteuergesetz, das eine gestaffelte Steuer vorsieht. Schweine bis 75 kg. kosten 5 M., bis 125 kg. 8 M. und über 125 kg. 10 M. Steuer.

**2 Fahrpreisermäßigung für Gesellschaftsreisen.** Die Fahrpreisermäßigungen für Schulfahrten, Gesellschafts- und Jugendfahrschäften werden auch während des Weihnachtsfestes gewährt. — Mit Wirkung vom 15. ds. Mts. fallen die Beschränkungen in der Gil- und Schnellzugbeauftragung für Inhaber von Schülerrückfahrtarten, und Arbeiterarten für Binnenschiffer. Gegen Zahlung der tarifmäßigen Zufläge können diese Bäume nunmehr auch bei Entfernung unter 75 Km. benutzt werden. Bei Arbeiterwochenarten kann die Benutzung dieser Bäume in Einzelfällen auf besonderen Antrag durch die Reichsbahndirektion gestattet werden. In diesem Falle kommt der tarifmäßige Zuflage zur Geltung.

**3 Voricht mit Weihnachtsbäumen.** Die Weihnachtszeit ruht heran. Die heftige Brandversicherungsanstalt empfiehlt, bei der Aufstellung von Weihnachtsbäumen Voricht walten zu lassen, da sonst leicht Brände entstehen können, und vorzüglich die Behandlung der Weihnachtsbäume einiges wichtige Abhilfemittel: 1. Der Weihnachtsbaum soll einen schweren, festen Fuß haben, in dem der Stamm bei Baumes ordnungsgemäß und sicher befestigt sein muss, damit ein Unfall vorliegt wird. 2. Man stellt den Weihnachtsbaum fest im Zimmer auf, von Gartendienst und Türrahmungen so weit entfernt, daß Zugluft sie den Kerzen nicht nahebringen kann. 4. Die Kerzen müssen halblicht bereitstehen. 5. Man vermeide möglichst jeden Papier- und Beilholzschmied. Auf keinen Fall darf solcher Schmied in der Nähe einer Kerze oder gar darüber angebracht werden. 7. Auf die Verwendung der sogennannten Wunderkerzen, die durchaus nicht so ungefährlich sind, muß geachtet werden, verändert man sie ganz. 7. Die Kerzen des Baumes sind man in der Reichsfeuerwehr von oben nach unten an, da man ungeliebt seine Kleider und sich selbst in Feuersturm bringt. 8. Die Kerzen eines trockenen und daher besonders feuergefährlichen Tannenbaumes sind man nicht mehr an.

## Aus Stadt und Land

**4 Schlußwort eines Reichsbeamten.** Der 31 Jahre alte Reichsbeamte Lothar Knape in Berlin hat sich eröffnet. Der Mann hatte Ende September, als er auf kurze Zeit den Kaiserstuhl vertreten mußte, einen Bolzen tausend RM zuviel herausgegeben. Alle Ermittlungen verließen ergebnlos. Obwohl dem Betroffenen das verlorene Geld nur in ganz kleinen Montagsraten vom Gehalt abgezogen wurde, nahm er sich den Vorgang so zu Herzen, daß er ihn nicht überleben wollte.

**5 Überfall auf einen Arzt.** Der Berliner Arzt Dr. Leo Hirsch wurde am späten Abend von Verbrechern durch Telephonanrufer zu einer angeblich verunglückten Frau in eine Laubhütte in Lichtenberg hinausgelockt, dort auf einem Gelände überfallen und schwer verletzt. Die Banditen, die es auf den Raub seines Autos abgesehen hatten, wurden im letzten Augenblick auf Laubhüttenkolonisten verdeckt und entfanden in der Dunkelheit. Die Kriminalpolizei konnte zwei der mutmaßlichen Täter festnehmen.

**6 Kraftwagenunfall des früheren Kultusministers Becker.** Der frühere Kultusminister Dr. Becker erlitt am Montag einen leichten Kraftwagenunfall. Um Südwesttor in Berlin mußte der Führer seines Wagens plötzlich einem Postkraftwagen ausweichen. Dabei kippte der Wagen um. Kultusminister a. D. Dr. Becker erlitt dabei eine leichte Nasenverletzung.

**7 Todessturz in der Dunkelheit.** In Stralsund stürzte der etwa 50jährige Aufseher Baumann bei einem Kontrollgang im Gaswerk am Kohlenauzug in der Dunkelheit auf den wahrscheinlich vereiteten Stufen aus und stürzte in den 18 Meter tiefen Schacht zwischen den beiden Kohlenöfen. Der Verunglückte war infolge mehrfachen Schädelbruches sofort tot.

**8 Raubüberfall auf offener Straße.** In Frankfurt wurde

in der Krämerstraße ein Kaufmann, der in einer Altentasche

die Tageseinnahmen eines Lichtspieltheaters im Betrage von 800 RM bei sich trug, von zwei maskierten Räubern überfallen. Unter Bedrohung mit der Schußwaffe entzogen sie dem Überfallenen die Altentasche und konnten unerkannt entkommen.

**9 Großfeuer in Mannheim.** In einer Bodentammer des Hauses Krappmühlstraße 35 brach in der Nacht ein Feuer aus, das teilweise auf die darunterliegenden Wohnungen des

ganzen Stockwerks übergriff. In zwei Stockwerken des Hauses sind ausgebrannt. Durch die großen Wassermannen wurden die darunterliegenden drei Wohnungen mit zusammen 15 Zimmern vollständig vernichtet. Der Schaden belief sich auf etwa 30.000 bis 40.000 Mark.

**10 Liebespaar läuft sich vom Zug überfahren.** Auf der Halle-Halberstädter Eisenbahn bei Trotha wurden die Leichen eines 23jährigen Mannes und einer 18jährigen Konzertstil aufgefunden. Es handelt sich um ein Liebespaar, das sich vom Zug bei Überfahren lassen. Erst vor wenigen Tagen hatte sich am betreffenden Stelle zur gleichen Zeit ein Liebespaar überfahren lassen.

**11 Sprengstoffprojekt vor dem Görlitzer Sondergericht.** Im Landgerichtsbezirk Görlitz wurden in den Nächten zum 9. und 10. August d. J. in 17 Büroräumen über 80 Anschläge ausgeführt. In den Stelen, Schuhwaffen und Sprengstoffe verwohnt wurden. In Verbindung mit diesen Terrorattacken begann vor dem Görlitzer Sondergericht ein Prozeß gegen sieben Angehörige des SA, die des Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz angeklagt sind.

**12 Tod auf den Schienen.** Auf den Gleisen der Strecke Königsberg-Marienburg wurde zwischen den Bahnhöfen Görlingen und Seppenholz im Landkreis Königsberg eine starke verhüllte Leiche gefunden. Nach den vorgefundenen Papieren handelt es sich um den Königsberger Studenten Paul Stützenauer. Außerdem wurde in der Nähe des Bahnhofes Klein-Ruhr auf den Gleisen der Strecke Wehlau-Friedland die Leiche des Försters Krause aus Groß-Ruhr gefunden.

## Skilaufen, der beliebte Wintersport.

**13 Karneval mehr Interesse wird dem Skisport verleihen.** Es steht so früh aus, daß Berlin über die Schläge zu neigen und dann in die weiße Welt hineinzulaufen. Nicht nur die Berge und ihre herliche Umgebung geben die Gelegenheit dazu, sondern auch das süde Land Norddeutschlands, die Umgebung der Großstädte wird mit Skidämmen bedeckt, wenn der erste Schnee fällt. Am Sommer hat man leicht gelöst — Tiefenholz. Das Gelernte will man nun im Winter anwenden und weiterleiten. Es wird auch schwer gehen als man sich gewohnt hat, denn ne Schnei ist hartnäckig, aber mit etwas Mut geht alles. Wie schneit es aber, wenn man erst den Hang hinablaufen kann, ohne sich mit dem Schnee zu balgen. Aber zu einem guten und ausgenützten Skisport gehört auch ein gutes Skit. Wer hat da nicht schon einmal in den Bergen gehört oder legenden Ausdruck gelernt. Donnerwetter. Bergbedrifter. Das sind die bekannten und berühmten Sätze des Sport-Bergwerkes in Rothschönburg bei Münchberg-Dachau. Die verschleierten Berg-Ski sind dunkelbraun teintungsrichtig und bestehen aus Hickory oder Eichenholz. Dieses letztere kommt aus Deutschland. Für die verschleierten Eichen, in denen man den Skisport ausübt, kommen natürlich auch bestimmte Sätze in Frage. Die Bergbedrifter werden in recht kühn vor dem Berland hinunterlich der Form, der Spannung und dem Holzgefühl gepflegt, ob sie auch ihr den Sport zu gebrauchen sind. An den bekannten Bergbedriftern geht unbedingt auch die Bergbedrifterin. Um eine größere Widerstandsfähigkeit der Rauten des Skis der Sätze zu gewährleisten und auch um die Geschwindigkeit beim Abhängen zu erhöhen, haben sich jetzt immer mehr die Säntanten bedient. Diese Rauten werden dort angebracht, wo das Holz am meisten abgenutzt wird. Bei geschliffenen Metallkanten, die aufgeraut und aufgerautet oder auch Metallkantkanten, die aufgerautet werden, sind benutzt worden. Die bewußt gelernte Bergkante besteht daraus, daß die Metallkante in eine Raut eingetrieben wird und aus diesem Grunde wird die Rauten nicht mehr mögliche ist, das bei sich der Fall war. Zu einer sollen und guten Skilaufstaltung gehört aber nicht letzten Endes ein tollerer Skilauf. Hier hat der nahezu Berg-Ski-Schuh allen großen Freude gemacht. Für die vielen anderen Ausübungsgemüthe, die diese Säntäpfel braucht ist es am besten, die „Begeisterung“ der Firmen anzuordnen, die es in kult. Kreis übertragen wird.

**14 Sport-Ecke.**

## Handball

**15 Förschule — Hessen Preußen Juniorenmannschaft 10:2.**

Am Sonntag weilte die Juniorenmannschaft von Hessen-Preußen Kassel bei den Förschule zu Gast, um ein Freundschaftsspiel auszutragen. Bei diesem Spiel konnte die Förschule einen überlegenen Sieg von 10:2 erringen. Die Förschule stellte heute eine Mannschaft auf, die den Platz, die einer Meistermannschaft nichts nachgab. Was bei diesem Spiel besonders zu erwähnen ist, war die große Disziplin, die bei beiden Mannschaften herrschte und an der man sich ein Beispiel nehmen kann.

**16 Gebesserter Kaliabsatz.** Die Abrüse an Kalidüngesalzen seitens der deutschen Landwirtschaft sind im laufenden Düngejahr bisher stärker als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Dies ist ein Beweis für die Überzeugung der Landwirtschaft, daß gerade in ihrer äußerst bedrängten Lage eine sachgemäße Düngung unumgänglich notwendig ist, um nicht alle Möglichkeiten eines zukünftigen Wiederaufstiegs aus der Hand zu geben.

## Beim großen Reinemachen muß man sich zu helfen wissen!



Dann geht es wie am Schnürchen. Nacheinander kommen Badewannen, Waschäische, Toiletten, Böden, Fenster, Türen, Glas, Porzellan, Kristall und alles Gerät zu einem Glanz, daß einem das Herz im Leibe lacht! Für wenige Pfennige eine strahlend saubere Wohnung in der halben Zeit wie sonst! Wenn die ganze Wohnung lacht, hat sie  reingemacht!

Die schnellste Hilfe beim Großreinemachen!

Hergestellt in den Persilwerken.



# Stoffe von Barth

sind die begehrten Gaben  
auf jedem Weihnachtstisch

Größtes Stoffhaus der Provinz / Kassel, Hedwigstraße 11

Vertretung und Musterlager bei

## Franz Müller / Spangenberg

Burggasse

### Dankesagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen und die vielen Kranzgespenden sagen wir hierdurch unsern innigsten Dank.

Besonderen Dank Herrn Pfarrer Höhndorf für seine trostreichen Worte im Hause und am Grabe und dem Kriegerverein Spangenberg für das lezte Geleit.

Spangenberg, den 18. Dezember 1932.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
Lisa Kerste.

### Wangsversteigerung.

Am Donnerstag, den 18. Dezember,  
vormittags 12 Uhr sollen in  
Spangenberg

(Zusammensetzung im Ratskeller.)

1 Schreibschrantz

2 vollst. Bettten

1 Kleiderschrantz

zwangswise öffentlich meistbidi-  
tend gegen Barzahlung versteigert  
werden.

Meldungen den 18. 12. 1932.

Uffelmann, Obergerichtsollz.

### Chorverein "Liebesträuschen"

### Donnerstag Abend

14.9 Uhr

### Gesangstunde

Wollzähiges Einscheinen  
unbedingt erforderlich.

Der Vorstand.

### Apfelfrüchte, Weintrauben, Feigen

Karl Bender.



Mittwoch früh:

Ia. Schellfische,  
Filet,  
Bücklinge,  
Sprotten  
Lachs  
Sardellen,  
H. Mohr.

Den Hauptgewinn zieht der,  
der bei uns kauft,

denn durch unsere billigen Preise sparen Sie eine Menge Geld!

#### Backartikel.

feinst. Weizenmehl Aussug	5 Pfd. Brd. 90 Pf.
Teigmargarine	1 Pfd. 45 -
Nussbutter	1 Pfd. 45 -
Kokosfett in Tafeln	1 Pfd. 28 -
reines Schwellenschmalz	1 Pfd. 45 -
lo. Bodöl	1 Ltr. 46 -
lo. Salatöl	1 Ltr. 46 -
Spatzöl	1 Pfd. 28 -
Kunsthonig	1 Pfd. 40 -
Dinkelpulver	5 Stück. 20 -
Vanillesucser	5 Stück. 20 -
Kokoszucker	1 Pfd. 45 -
Stärkebackstein	1 Pfd. 110 -
Haselnüsse (beste)	1 Pfd. 80 -
Süßeninen	1 Pfd. 58 -
feinstes	1 Pfd. 60 -
Cornflakes	1 Pfd. 45 -
Puddingpulver lose	1 Pfd. 35 -

#### Schlachterartikel.

lo. schwarzer Pfeffer	1 Pfd. 95 Pf.
lo. Nelkenpfeffer	1 Pfd. 40 -
weiser Pfeffer	1 Pfd. 40 -
lo. Wurstselseller	5 Stück. 8 -
Muskatnuss	5 Stück. 10 -
Kümmel	1 Pfd. 45 -

#### Qualitätskonserven.

Karotten gekochten	2 Pfd. Dose 54 Pf.
grüne Schalotten	2 Pfd. Dose 48 -
Grüne Erbsen	2 Pfd. Dose 50 -
Junge Erbsen	2 Pfd. Dose 65 -
Erdbutter	2 Pfd. Dose 110 -
Ananas	2 Pfd. Dose 120 -
Eier-Schnittmudden	1 Pfd. 45 -
Eier-Federnmudden	1 Pfd. 48 -
Tafelkäse	1 Pfd. 22 u. 18 -
grüne Erbsen	1 Pfd. 20 -
weiße Bohnen	1 Pfd. 15 -
neue Linsen	1 Pfd. 18 -
Dürre Runde	1 Pfd. 85 -
Leberwurst	1 Pfd. Dose 100 -
Hanckels Bodenfleider	10 Stück. 35 -
Kochküsse	1 Pfd. Dose 38 -
Süße Apfelsinen	5 Stück. 6 -
schöne Citronen	10 Stück. 40 -

Haselnüsse 1 Pfd. 34 Pf. Walnüsse 1 Pfd. 34 Pf.  
stets frisch ger. Kaffee! / Pfd. 55, 60, 70, 80 Pf.  
Jeder Kunde erhält ein Weihnachtsgeschenk.  
Beachten Sie unsere Schaufenster!

Hess. Lebensmittelhaus.  
Inh. Siebenhausen u. Deisenroth.

Spangenberg Markt

Ia. Holländerheringe  
H. Mohr.

Ia. frische Bücklinge,  
Kieler Sprotten,  
Lachsheringe  
Karl Bender

# Stoffe von Barth

sind die begehrten Gaben  
auf jedem Weihnachtstisch

Größtes Stoffhaus der Provinz / Kassel, Hedwigstraße 11

Vertretung und Musterlager bei

## Franz Müller / Spangenberg

Burggasse

### Dankesagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege unsern liebeschönen Dank.

Besonderen Dank Herrn Pfarrer Höhndorf für seine trostreichen Worte im Hause und am Grabe und dem Kriegerverein Spangenberg für das lezte Geleit.

Spangenberg, den 18. Dezember 1932.

Im Namen aller Hinterbliebenen:

Maria Nöding, geb. Siemon.

### Weihnachtsgeschenke

in großer Auswahl

## H. Mohr.

### KAUFEN SIE

sämtliche KLEINEISENWAREN von A-Z wie:

Anwürfe	
Bänder	
Chubbvorhangsschlösser	
Drahtspanner	
Einlaubecken	
Fallen	
Gartengeräte	
Hämmer	
Jätschäckchen	
Kaffeemühlen	
Lötkolben	
Mauerkerzen	
Nothaken	
Ofenrohrringe	
Pfannen	
Quasten	
Riegel	
Schaufeln	
Türriegel	
Unterlegscheiben	
Vogelrollen	
Werkzeuge	
X-Haken	
Zangen	
u. s. w.	

NUR BEI

## GEORG KLEIN, EISENWAREN SPANGENBERG

Sie genießen billige Preise

Lebkuchen, Pralinen Schokoladen,  
in großer Auswahl

## H. Mohr.

## Kaffee von Bender

stets frisch gebrannt und wohlschmeckend.

Bestimmt ein Genuss!

## Karl Bender.

## Tafel- u. Kaffeeservice

zu günstigen Preisen.

## Karl Bender.

Offizielle Aufforderung der Bürgersteuer 1933.

I. Die Stadt Spangenberg erhebt für das Kalenderjahr 1933 eine Bürgersteuer in Höhe des fünftägigen Landesstages. Der Bürgersteuer unterliegen grundsätzlich alle natürlichen Personen, die am 10. Oktober 1932 im Bezirk der Stadt ihren Wohnsitz hatten.

II. Die Bürgersteuer wird von denjenigen unter 1 fallenden Personen, denen für das Kalenderjahr 1932 gefestigt worden ist, auf der Steuerkarte angefordert. Von den Personen, die vom Finanzamt für das Kalenderjahr 1931 oder in dem in diesem endenden Steuerabjahr zur Einkommensteuer veranlagt worden sind, wird die Bürgersteuer durch besonderen Bescheid angefordert. Dies gilt auch für die Personen, die neben dem Arbeitslohn sonstiges Einkommen von mehr als 500 RM. jährlich haben, Steuer, als sich nach dem Arbeitslohn allein ergeben würde, begründet wird, hinsichtlich des Mehrbeitrages an Bürgersteuer, sowie für die Personen, deren Vermögen 10000 RM. übersteigt. Darüber hinaus erhalten diejenigen Personen, die nicht Lohn- oder Gehaltsempfänger sind, besonderen Bescheid, die in 1931 einkommenssteuerpflicht waren, von denen aber auszunehmen ist, die nicht unter Ziffer IV fallen.

Die Höhe der Bürgersteuer richtet sich grundsätzlich nach dem Einkommen des Kalenderjahrs 1931 oder in diesem endenden Steuerabjahr.

III. Der Arbeitgeber, in dessen Dienste der Arbeitnehmer am jeweiligen Fälligkeitstage steht, hat bei der nächsten auf den Fälligkeitstag folgenden Lohnzahlung den auf der Steuerkarte vermerkten Teilbetrag der Bürgersteuer vom Arbeitslohn einzubehalten und innerhalb folgender Fristen an die Stadt kasse abzuliefern:

a) bei Lohnzahlungen in der Zeit vom 1. bis 15. eines Monats bis zum 20. des Monats,

b) bei Lohnzahlungen in der Zeit vom 16. bis zum 30. eines Monats bis zum 5. des nächsten Monats. Die Fälligkeitstage sind in den Steuerkarten angegeben.

Gemäß § 25 der Bürgersteuerdurchführungsbestimmungen vom 28. 9. 1932 haftet der Arbeitgeber für die von ihm einzubehaltenden Beträge und für deren ordnungsmäßige Aufführung.

VI. Von der Bürgersteuer befreit sind Personen, die an dem betreffenden Fälligkeitstage:

a) vom Wahlrecht ausgeschlossen oder rechtlich in der Ausübung ihres Wahlrechts behindert sind,

b) Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung empfangen,

c) laufend Unterstützungen aus der öffentlichen Fürsorge erhalten,

d) Renten aus der reichsgelebten Sozialversicherung empfangen, wenn ihr gesamtes Jahreseinkommen 900,- RM. nicht übersteigt,

e) Zusatzrente nach § 88 des Reichsverjüngungsgeges empfangen,

f) ferner die Personen, von denen nach den Verhältnissen am Fälligkeitstag anzunehmen ist, daß ihre gesamten Jahreseinkünfte im Kalenderjahr 1933 den Betrag nicht übersteigen, den der Steuerpflichtige nach seinem Familienstand im Falle der Hilfsbedürftigkeit nach den Richttagen der allgemeinen Fürsorge als Wohlfahrtsunterstützung in einem Jahre erhalten würde. Maßgebend für den Familienstand und die Höhe des Richtages sind die Verhältnisse am Stichtag. Die Befreiungsvorschrift gilt nicht für Personen, deren landwirtschaftliches u. w. Vermögen, Grundvermögen und Betriebsvermögen 5000,- RM. übersteigt.

Die Bürgersteuer wird von Minderjährigen nicht erhoben, die am Stichtag (10. Oktober 1932) das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

V. Auch in den Fällen, in denen die Bürgersteuer durch die Steuerkarte angefordert wird, hat der Steuerpflichtige sie selbst zu entrichten, wenn er an dem Fälligkeitstage in seinem Dienst- oder Arbeitsverhältnis gestanden hat. Das gleiche gilt für Arbeitnehmer, bei denen der Arbeitgeber vor der Befreiung eines Teilbetrages teilweise (weil wegen Nichtüberbrechens der Steuerpflicht) Beträge an Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht eingehalten ist und deshalb nur der der Hälfte des niedrigsten Landesstages der Bürgersteuer entsprechende Teilbetrag vom Arbeitslohn eingehalten wird) oder ganz (weil der Arbeitslohn bei der nächsten auf den Fälligkeitstag folgenden Lohnzahlung die Freigrenze - Richtjahr der allgemeinen Fürsorge nach dem Familienstand - nicht übersteigt) abzieht. Es gelten die auf der Steuerkarte angegebenen Fälligkeitstage. Eine Verpflichtung zur Aufführung des Teilbetrages der Bürgersteuer besteht nicht, wenn ein Befreiungsgrund (Ziffer IV) vorliegt.

Spangenberg, den 12. Dezember 1932.

Der Magistrat, Stein.